



Open Access Repository  
[www.ssoar.info](http://www.ssoar.info)

## Novellierung des AGKJHG: Neuordnung der Behördenstruktur

Schmidt, Ulrike; Sturzebecher, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Gutachten / expert report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Landtag Brandenburg – Parlamentarischer Beratungsdienst

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt, U., & Sturzebecher, M. (2013). *Novellierung des AGKJHG: Neuordnung der Behördenstruktur*. (Wahlperiode Brandenburg, 5/73). Potsdam: Landtag Brandenburg, Parlamentarischer Beratungsdienst. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50808-9>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## **Novellierung des AGKJHG – Neuordnung der Behördenstruktur –**

Bearbeiter/-in: Ulrike Schmidt, Markus Sturzebecher

Datum: 8. August 2013

---

Die Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages Brandenburg sind urheberrechtlich geschützt. Die weitere Verarbeitung, Verbreitung oder Veröffentlichung – auch auszugsweise – ist nur unter Angabe der Quelle zulässig. Jede Form der kommerziellen Nutzung ist untersagt.

---

## Inhaltsverzeichnis

I.	Auftrag.....	3
II.	Stellungnahme .....	3
1.	Geltende Rechtslage .....	3
a)	Träger der öffentlichen Jugendhilfe .....	4
b)	Landesjugendamt.....	4
c)	Landesjugendhilfeausschuss .....	6
aa)	Zusammensetzung.....	6
bb)	Aufgaben.....	6
2.	Die von der Landesregierung geplanten Änderungen.....	8
a)	Oberste Landesjugendbehörde .....	9
b)	Landes-Kinder- und Jugendausschuss .....	9
aa)	Zusammensetzung.....	9
bb)	Aufgaben.....	10
(1)	Erweiterte Befassungsrechte bzw. -pflichten .....	10
(2)	Beratung der Landesregierung .....	10
(3)	Beteiligungsrechte .....	11
(4)	Keine Beschlusskompetenz.....	11
3.	Innenverhältnis zwischen der Verwaltung und dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss .....	12
4.	Organisatorische Zuordnung der Aufgaben des Landesjugendamtes .....	13
5.	Vereinbarkeit mit Bundesrecht .....	14
III.	Zusammenfassung.....	17

Anlage 1 (Synopse AGKJHG)

Anlage 2 (Organisation und Aufgaben der Landesjugendhilfeausschüsse in den Ländern)

## **I. Auftrag**

Der Parlamentarische Beratungsdienst ist gebeten worden, sich mit Fragen der Behördenstruktur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu befassen. Hintergrund für die Anfrage sind Pläne der Landesregierung, das Erste Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG)<sup>1</sup> zu ändern. Wesentliches Ziel der Gesetzesänderung ist die Auflösung des Landesjugendamtes als Landesoberbehörde und die Übertragung seiner Aufgaben auf das für Jugend zuständige Ministerium.

Die geplanten Änderungen sollen rechtlich bewertet werden. Zugleich ist darzustellen, welche Aufgaben und Befugnisse die Landesjugendhilfeausschüsse in anderen Bundesländern haben. Im Einzelnen wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

- Inwiefern wird das Innenverhältnis zwischen Verwaltung und Landesjugendhilfeausschuss verändert? Inwieweit bleibt die übergeordnete Stellung des Ausschusses gegenüber der Verwaltung gesichert?
- Inwiefern gewährleistet der Entwurf, dass die jetzigen Aufgaben des Landesjugendamtes nach der Eingliederung organisatorisch von anderen Aufgaben der obersten Landesbehörde abgegrenzt bleiben und die Rechtsstellung des Landesjugendhilfeausschusses nicht beschnitten wird?
- Inwiefern ist es rechtlich zulässig, Art. 84 Abs. 1 Satz 2 GG als Ermächtigungsgrundlage für die Beschneidung der Befugnisse des Landesjugendhilfeausschusses anzuführen?
- Welche Befugnisse haben Landesjugendhilfeausschüsse in anderen Bundesländern?

## **II. Stellungnahme**

### **1. Geltende Rechtslage**

Das Kinder- und Jugendhilferecht wird im Wesentlichen durch die Bundesgesetzgebung geprägt. Die Kompetenz des Bundes leitet sich aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 7 GG her. Danach gehört das Jugendhilferecht als Teil der „*öffentlichen Fürsorge*“ zur konkurrierenden Ge-

---

<sup>1</sup> In der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1997 (GVBl. I S. 87), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. September 2008 (GVBl. I S. 202).

gesetzgebungsbefugnis des Bundes. Hiervon hat der Bund mit dem Erlass des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII)<sup>2</sup> grundlegend Gebrauch gemacht. Es regelt insbesondere die Aufgaben und Leistungen der Jugendhilfe ebenso wie die Ausführung primär hoheitlicher Aufgaben durch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Es trifft Aussagen zum Schutz der Sozialdaten und befasst sich mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, ihrer Zusammenarbeit und ihrer Gesamtverantwortung. Angesprochen werden auch die Aufgaben der Länder und des Bundes sowie die sachlichen und örtlichen Zuständigkeiten und die damit verbundenen Fragen der Kostenerstattung zwischen den öffentlichen Trägern. Schließlich geht es um die Beteiligung von Betroffenen an den der Jugendhilfe entstehenden Kosten sowie um Fragen der Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Nicht erschöpfend geregelt sind insbesondere die organisatorischen Rahmenbedingungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Sie sind daher landesrechtlicher Ausformung zugänglich. Brandenburg hat die ihm insoweit verbliebenen Regelungslücken durch das AG-KJHG gefüllt.

#### **a) Träger der öffentlichen Jugendhilfe**

Die Vorschriften über die Grundstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere über die Träger der öffentlichen Jugendhilfe und ihre Verwaltungsorganisation finden sich in den §§ 69 bis 72 SGB VIII. Wesentlich ist § 69 SGB VIII. Danach werden die Träger der öffentlichen Jugendhilfe durch Landesrecht bestimmt (§ 69 Abs. 1 SGB VIII). In Brandenburg sind dies die Landkreise und kreisfreien Städte (§ 1 Abs. 1 AGKJHG);<sup>3</sup> der überörtliche Träger der Jugendhilfe ist das Land Brandenburg (§ 8 Satz 1 AGKJHG).

#### **b) Landesjugendamt**

Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe richtet jeder örtliche Träger ein Jugendamt und jeder überörtliche Träger ein Landesjugendamt ein (§ 69 Abs. 3

---

<sup>2</sup> In der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1108).

<sup>3</sup> Gemäß § 1 Abs. 2 AGKJHG kann das für Jugend zuständige Mitglied der Landesregierung unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Große kreisangehörige Stadt zum örtlichen Träger der Jugendhilfe bestimmen.

SGB VIII). Brandenburg ist dieser Aufforderung durch § 8 Satz 2 AGKJHG gefolgt. Er regelt, dass das Landesjugendamt Landesoberbehörde ist.

§ 70 SGB VIII bestimmt die Organisationsstruktur des Jugendamtes und des Landesjugendamtes. Ihre Aufgaben werden jeweils durch den Jugendhilfeausschuss bzw. den Landesjugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamtes bzw. die Verwaltung des Landesjugendamtes wahrgenommen (§ 70 Abs. 1 und 3 SGB VIII). Auf der überörtlichen Ebene des Landesjugendamtes werden die Geschäfte der laufenden Verwaltung von der Leitung der Verwaltung des Landesjugendamtes im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses geführt (§ 70 Abs. 3 Satz 2). Aus der Formulierung „im Rahmen der Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses“ folgt, dass der Landesjugendhilfeausschuss im Verhältnis zur Verwaltung des Landesjugendamtes rechtlich das übergeordnete Gremium ist. Denn selbst die Geschäfte der laufenden Verwaltung sind im Rahmen der Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses zu führen.<sup>4</sup> Das Landesjugendamt unterliegt im Übrigen insgesamt der Rechts- und Fachaufsicht der obersten Landesjugendbehörde, d. h. des für Jugend zuständigen Ministeriums. Das Gestaltungsrecht des Landesjugendhilfeausschusses ist also insoweit eingeschränkt; er hat sich an die Weisungen und Richtlinien des Ministeriums zu halten.

Die Zweigliedrigkeit (Verwaltung und Ausschuss) stellt eine Besonderheit dar, die in anderen Ämtern der öffentlichen Verwaltung so nicht existiert. Sie dient der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Kinder- und Jugendhilfe und gewährleistet darüber hinaus in besonderer Weise eine breit repräsentierte Fachlichkeit, die Beteiligung der Bürger (Stichwort: „Zivilgesellschaft“), die Einbeziehung der Interessen junger Menschen und ihrer Familien und – nicht zuletzt – eine unmittelbare Anbindung an die politischen Entscheidungsstrukturen.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Schäfer, in: Münder/Meysen/Trenczek (Hrsg.), Frankfurter Kommentar SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, 7. Aufl. 2013, § 70 Rn. 5, 12.

<sup>5</sup> Wabnitz, Stellungnahme für den Rechtsausschuss des Bundestages [http://www.abafachverband.org/fileadmin/user\\_upload/user\\_upload\\_2006/BT-Anh%F6rung-Wabnitz\\_02.06.06\\_.pdf](http://www.abafachverband.org/fileadmin/user_upload/user_upload_2006/BT-Anh%F6rung-Wabnitz_02.06.06_.pdf) [4. Juli 2013], S. 5 f.

### c) Landesjugendhilfeausschuss

#### aa) Zusammensetzung

Dem Landesjugendhilfeausschuss gehören 20 stimmberechtigte Mitglieder an. Neun Mitglieder werden auf Vorschlag der Fraktionen vom Landtag gewählt; ihre Zusammensetzung soll dem Stärkeverhältnis der Fraktionen des Landtages entsprechen, außerdem sollen sie Erfahrungen in der Jugendhilfe haben (§ 10 Abs. 2 AGKJHG). Der Leiter des Landesjugendamtes gehört dem Landesjugendhilfeausschuss von Amts wegen an (§ 10 Abs. 4 AGKJHG). Die übrigen Mitglieder werden von dem für Jugend zuständigen Ministerium berufen, davon

- acht Mitglieder auf Vorschlag der auf Landesebene wirkenden anerkannten Träger der freien Jugendhilfe (§ 71 Abs. 4 SGB VIII, § 18 Abs. 3 Satz 1 AGKJHG),
- zwei Mitglieder auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände; sie müssen dem Kreis der für Jugend zuständigen Beigeordneten, Dezernenten und Amtsleitern der örtlichen Träger der Jugendhilfe und der Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden angehören (§ 10 Abs. 3 Satz 2 AGKJHG).

Neben den stimmberechtigten Mitgliedern gehören dem Landesjugendhilfeausschuss 21 beratende Mitglieder an,<sup>6</sup> die von verschiedenen Ministerien und Einrichtungen des Landes, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, den Landesräten der Schüler, der Eltern und der Lehrkräfte und weiteren mit der Kinder- und Jugendhilfe befassten gesellschaftlichen Organisationen sowie den Religionsgemeinschaften entsandt werden. Sie alle sollen fachliche Fähigkeiten und Erfahrungen aus Bereichen mitbringen, die mit der Jugendhilfe im Zusammenhang stehen (§ 11 AGKJHG).

#### bb) Aufgaben

Die Aufgaben des Landesjugendhilfeausschusses sind auf bundesgesetzlicher Ebene dem Grunde nach in § 71 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. Abs. 2 SGB VIII geregelt. Er hat sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe zu befassen, darunter insbesondere der Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe; zudem soll er aktuelle Problemlagen jun-

---

<sup>6</sup> Der Ausschuss kann zusätzlich noch bis zu zwei weitere Vertreter von Religionsgemeinschaften zu beratenden Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses bestimmen (§11 Abs. 1 Nr. 18 AGKJHG).

ger Menschen und ihrer Familien erörtern und sich mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe auseinandersetzen.

§ 9 Abs. 1 AGKJHG greift die allgemeine Aussage des Bundesgesetzes auf, wonach sich der Landesjugendhilfeausschuss mit allen Aufgaben der Jugendhilfe zu befassen hat. Ausdrücklich ist dem Landesjugendhilfeausschuss nach § 9 Abs. 1 Satz 2 AGKJHG das Beschlussrecht für alle Angelegenheiten der Jugendhilfe vorbehalten, die nach § 85 Abs. 2 SGB VIII in die Zuständigkeit des Landesjugendamtes fallen. Ausgenommen sind nur die laufenden Geschäfte, die der Verwaltung des Landesjugendamtes obliegen. § 85 Abs. 2 SGB VIII enthält einen umfassenden, sehr ausdifferenzierten Katalog der Aufgaben des Landesjugendamtes. Seinem Charakter entsprechend werden ihm beratende, fördernde, anregende und planende Zuständigkeiten zugewiesen. Im Einzelnen obliegt es dem Landesjugendamt,

1. die örtlichen Träger zu beraten und Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben im Bereich der Kinder und Jugendhilfe zu entwickeln,
2. die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe insbesondere mit dem Blick auf eine bedarfsgerechte Entwicklung der verschiedenen Erziehungshilfen zu fördern (zum Beispiel durch die Zuteilung von [Landes-]Zuschüssen oder durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften),
3. (neuartige) Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen anzuregen und zu fördern und sie ggf. auch selbst zu organisieren und zu betreiben, soweit sie den örtlichen Bedarf übersteigen (z. B. Einrichtungen, die eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten, Jugendbildungsstätten),
4. Modellvorhaben zu planen, anzuregen, zu fördern und durchzuführen mit dem Ziel, die Jugendhilfe weiter zu entwickeln,
5. die örtlichen Träger im konkreten Einzelfall bei der Auswahl einer Einrichtung oder einer Pflegeperson im Rahmen und der Gewährung von Hilfen zur Erziehung zu beraten,
6. Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen wahrzunehmen,
7. die Träger von Einrichtungen während der Planung und Betriebsführung zu beraten,



8. für die Fortbildung von Mitarbeitern in der Jugendhilfe Sorge zu tragen,
9. Leistungen an Deutsche im Ausland zu gewähren und
10. Erlaubnisse zur Übernahme von Pflegschaften oder Vormundschaften durch einen rechtsfähigen Verein zu erteilen.

Aufgrund des Verweises in § 9 Abs. 1 Satz 2 AGKJHG ist es Sache des Landesjugendhilfeausschusses, in den aufgelisteten Angelegenheiten die grundlegenden Entscheidungen zu treffen, während die Verwaltung des Landesjugendamtes für die Durchführung der Beschlüsse zuständig ist.

Der Aufgabenkatalog zeigt im Übrigen, dass dem Landesjugendhilfeausschuss die Funktion eines Fachgremiums der Jugendhilfe zukommt; er soll sich dagegen nicht allgemein mit politischen Themen oder Aufgaben des Landes befassen.<sup>7</sup>

## **2. Die von der Landesregierung geplanten Änderungen**

Das für Jugend zuständige Ministerium (MBSJ) hatte zunächst dem Landtag im Rahmen der Unterrichtungspflicht nach Art. 94 LV den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfestrukturen<sup>8</sup> zur Kenntnis vorgelegt. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung den Gesetzentwurf formell in den Landtag eingebracht.<sup>9</sup> Er ist Grundlage der folgenden Ausführungen.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf soll insbesondere das AGKJHG geändert werden. Das Landesjugendamt, das bislang als Landesoberbehörde für die Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zuständig ist, soll aufgelöst werden. Seine Aufgaben werden auf das MBSJ übertragen. Zugleich soll die bisher zweigliedrige Behördenstruktur des Landesjugendamtes einschließlich der Entscheidungsbefugnisse des Landesjugendhilfeausschusses aufgegeben werden. Stattdessen wird beim MBSJ ein Landes-Kinder- und Jugendausschuss neu gebildet, dem statt eines eigenen Beschlussrechts ein

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu z. B. Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe – Organisatorische Rahmenbedingungen (AGKJHG-Org), LT-Drs. 2/3459 vom 27. Nov. 1996, S. 15, Begründung zu Nummer 9 (§ 9)

<sup>8</sup> Unterrichtung des Landtags gemäß Art. 94 der Verfassung des Landes Brandenburg 5/245, eingegangen am 3. Juni 2013. Ein früherer Referentenentwurf, der dem Landtag mit Unterrichtung 5/230 am 25. März 2013 zugegangen war, ist damit überholt.

<sup>9</sup> Drs. 5/7723, eingegangen am 2. August 2013.

Recht auf Beteiligung an den Entscheidungen der obersten Landesjugendbehörde zugewilligt wird.

Der genaue Wortlaut der geplanten Änderungen kann der Anlage 1 entnommen werden, in der die maßgeblichen Bestimmungen des aktuell geltenden AGKJHG in Form einer Synopse den entsprechenden neuen Bestimmungen des AGKJHG-E in der Fassung des Gesetzentwurfs gegenübergestellt sind.

#### **a) Oberste Landesjugendbehörde**

Die Aufgaben der obersten Landesjugendbehörde werden in § 8 AGKJHG-E geregelt. Oberste Landesjugendbehörde ist danach – wie bisher – das für Jugend zuständige Ministerium. Sie erstellt übereinstimmend mit dem bisherigen § 14 AGKJHG einen Landesjugendplan, um die Aufgaben, die überregionale Bedeutung haben oder die nach ihrer Art nicht allein von einem Jugendamt oder einem Zusammenschluss mehrerer Jugendämter gefördert werden können, zu fördern (§ 8 Abs. 2 AGKJHG-E). Neu ist die Zuständigkeitsbestimmung des § 8 Abs. 3 AGKJHG-E. Danach nimmt die oberste Landesjugendbehörde, d. h. das für Jugend zuständige Ministerium, auch die Aufgaben wahr, die zurzeit dem Landesjugendamt obliegen. Im Ministerium werden demzufolge die nach dem SGB VIII sowohl der obersten Landesjugendbehörde als auch dem Landesjugendamt zugewiesenen Aufgaben zusammengefasst. Das Ministerium soll oberste Landesjugendbehörde und Landesjugendamt in einem werden.

#### **b) Landes-Kinder- und Jugendausschuss**

Einen Landesjugendhilfeausschuss soll es künftig nicht mehr geben. Statt dessen wird ein Landes-Kinder- und Jugendausschuss gebildet, der im Wesentlichen die Aufgabe hat, die Landesregierung zu beraten (§ 10 Abs. 1 AGKJHG-E).

##### **aa) Zusammensetzung**

Dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss sollen 28 Mitglieder angehören, von denen fünf vom Landtag auf Vorschlag der Fraktionen gewählt werden. Je fünf Mitglieder werden vom Dachverband der Jugendverbände und von der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege entsandt. Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hat das Benennungsrecht für zwei, der Landkreistag Brandenburg für drei Mitglieder. Je ein Mitglied benennen die Familienverbände, der Landeselternrat und die Hochschulen. Der Landes-

schülerrat, die evangelische Kirchen, die katholische Kirche, die jüdische Kultusgemeinde und die Gesamtheit der freigeistigen Verbände entsenden ebenfalls je ein Mitglied (§ 10 Abs. 2 AGKJHG-E).

Anforderungen an die Qualifikation, wie z. B. Fachkenntnisse, Erfahrung in der Jugendhilfe oder Tätigkeit in Einrichtungen der Jugendhilfe, werden – anders als bisher in § 10 Abs. 2 und 3, § 11 Abs. 2 AGKJHG – im vorliegenden Gesetzentwurf nicht mehr verlangt.

## bb) Aufgaben

### (1) *Erweiterte Befassungsrechte bzw. -pflichten*

Der neue Landes-Kinder- und Jugendausschuss soll sich nicht nur mit allen Aufgaben der Jugendhilfe befassen, sondern daneben auch „*mit den Lebenssituationen von jungen Menschen*“ (§ 12 Abs. 1 Satz 1 AGKJHG-E).<sup>10</sup> Die Befassungsrechte des Landes-Kinder- und Jugendhilfeausschusses werden also über die Jugendhilfe hinaus auf allgemeine Fragen der Jugendpolitik erweitert.<sup>11</sup> Dies kommt auch in der Zusammensetzung des neuen Ausschusses zum Ausdruck.

Das Recht (und die Pflicht) zur Befassung wird begleitet von einem Recht auf Information in allen überörtlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe und der Lebenssituation junger Menschen (§ 12 Abs. 1 AGKJHG-E). Gegen wen sich der Informationsanspruch richtet, geht weder aus dem Wortlaut des Gesetzentwurfs noch aus der Begründung hervor. Ob neben der obersten Landesjugendbehörde auch andere Behörden und Einrichtungen als Adressaten in Betracht kommen, bleibt offen.

Der Ausschuss kann zudem zu Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs Gutachten einholen (§ 12 Abs. 1 AGKJHG-E).

### (2) *Beratung der Landesregierung*

Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört es, im Rahmen seiner Zuständigkeit die Landesregierung zu beraten und Empfehlungen abzugeben (§ 12 Abs. 2 AGKJHG-E).

---

<sup>10</sup> Hiervon ausgenommen sind die Bereiche Schule und Berufsausbildung.

<sup>11</sup> Siehe auch Begründung zum Gesetzentwurf, Drs. 5/7723, Vorbem. zu §§ 10 bis 12, S. 5 und Zu § 10 Absatz 2, S 6.

### (3) *Beteiligungsrechte*

Gemäß § 12 Abs. 3 AGKJHG-E hat die oberste Landesjugendbehörde vor dem Erlass von Verwaltungsvorschriften und Richtlinien und in allen Grundsatzfragen im Zusammenhang mit den Aufgaben nach § 85 Abs. 2 SGB VIII das Benehmen mit dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss herzustellen. Auch die Anerkennung überörtlicher Träger der freien Jugendhilfe muss im Benehmen mit dem Ausschuss erfolgen.

In der Gesetzes- wie auch in der Verwaltungssprache bedeutet „im Benehmen“ mit einer anderen Behörde, Einrichtung oder sonstigen Stelle, dass diese Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten muss. Ziel ist es, eine Verständigung zwischen den Beteiligten zu erreichen. Die entscheidende Stelle, hier die oberste Landesjugendbehörde, ist nicht an die Stellungnahme der anderen Stelle, also des Landes-Kinder- und Jugendausschusses gebunden; sie muss diese aber zur Kenntnis nehmen und in ihre Überlegungen einbeziehen. Eine Zustimmung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses ist jedoch nicht erforderlich.<sup>12</sup>

Dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss steht außerdem ein Recht auf Anhörung zu Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen zu, bevor sie in das Kabinett der Landesregierung eingebracht werden (§ 12 Abs. 4 AGKJHG-E).

Schließlich ist der Ausschuss an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen (§ 12 Abs. 5 AGKJHG-E); in diesem Zusammenhang steht ihm zudem mindestens einmal jährlich ein Erörterungsrecht zu.

### (4) *Keine Beschlusskompetenz*

Besondere Beschlusskompetenzen hat der neue Ausschuss nicht. Er ist nicht befugt, Beschlüsse zu fassen, die die oberste Landesjugendbehörde oder andere Stellen binden. Die bisherige Zweigliedrigkeit entfällt. Begründet wird dies mit der verfassungsrechtlichen Stellung eines Ministers, der gemäß Art. 89 Satz 2 LV „den ihm anvertrauten Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag [leitet]“.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. zu dem Rechtsbegriff „im Benehmen mit“ *Creifelds*, Rechtswörterbuch, 20. Aufl. 2011, Stichwort „Einvernehmen“.

<sup>13</sup> Begründung zum Gesetzentwurf, a.a.O. (Fn. 11), Vorbem. zu §§ 10 bis 12, S. 4.

### **3. Innenverhältnis zwischen der Verwaltung und dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss**

Die mit dem Gesetzentwurf angestrebte Änderung der Behördenstruktur auf dem Gebiet der Brandenburger Kinder- und Jugendhilfe hat insbesondere die Auflösung des Landesjugendamtes zum Ziel. Dessen bisherige Aufgaben werden auf die oberste Landesjugendbehörde, d. h. auf das für Jugend zuständige Ministerium übertragen. Gleichzeitig entfällt die bisher bestehende Zweigliedrigkeit des Landesjugendamtes, bestehend aus dem Landesjugendhilfeausschuss als Beschlussgremium auf der einen Seite und der (ausführenden) Verwaltung auf der anderen Seite. Zwar wird auch bei der obersten Landesjugendbehörde ein besonderes Gremium, nämlich der Landes-Kinder- und Jugendausschuss, eingerichtet. Dieses ist aber weder gleichberechtigter organisatorischer Teil der obersten Landesjugendbehörde noch hat es Entscheidungskompetenzen in dem Sinne, dass es die Verwaltung des Ministeriums bei der Wahrnehmung der bundesrechtlich dem Landesjugendamt zugewiesenen Aufgaben durch seine Beschlüsse binden könnte.

Diese Einschnitte in die Kompetenzen des bisherigen Fachgremiums sollen dadurch kompensiert werden, dass das inhaltliche Aufgabenspektrum des Landes-Kinder- und Jugendausschusses erweitert wird. Seine Befassungsrechte beziehen sich nicht nur auf sämtliche Aufgaben der Jugendhilfe, sondern werden auf die Lebenssituationen junger Menschen insgesamt und damit generell auf jugendpolitische Fragestellungen ausgedehnt (ausgenommen die Bereiche Schule und Berufsausbildung).

Auch in formaler Hinsicht wird der Landes-Kinder- und Jugendausschusses im Vergleich zum Landesjugendhilfeausschuss in seiner jetzigen Form mit neuen Rechten ausgestattet:

- Recht zur Beratung der Landesregierung,
- Recht auf Herstellung des Benehmens über Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Grundsatzfragen sowie in Grundsatzangelegenheiten nach § 85 Abs. 2 SGB VIII,
- Anhörungsrecht zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen vor Einbringung in das Kabinett,
- Beteiligungsrecht bei der Jugendhilfeplanung,
- Informationsrecht in überörtlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe und in Fragen der Lebenssituation junger Menschen,
- Recht auf Einholung von Gutachten,

- Recht auf Beiziehung von Sachverständigen,
- Einladung von Vertretern von Einrichtungen und von Interessenverbänden nur im Benehmen mit der obersten Landesjugendbehörde,
- Recht auf eigene Öffentlichkeitsarbeit.

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass zwar das Aufgabenspektrum des neuen Landes-Kinder- und Jugendausschusses im Vergleich zum Landesjugendhilfeausschuss erweitert wird und er in Teilen auch weitergehende Beteiligungs- und Anhörungsrechte erhalten soll. Damit geht aber der Verlust des Entscheidungsrechts mit Bindungswirkung für die Verwaltung einher. Die oberste Landesjugendbehörde ist also – anders als bisher die Verwaltung des Landesjugendamtes – nicht an Beschlüsse des Landes-Kinder- und Jugendausschusses gebunden; sie hat lediglich das Benehmen mit dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss herzustellen.

#### **4. Organisatorische Zuordnung der Aufgaben des Landesjugendamtes**

Bestimmungen über eine organisatorische Trennung zwischen den Aufgaben des Landesjugendamtes einerseits und der übrigen ministeriellen Verwaltungstätigkeit andererseits enthält der Gesetzentwurf nicht. Vielmehr macht die Formulierung des § 8 Abs. 3 AG-KJHG-E deutlich, dass es keineswegs zwingend ist, bei der obersten Landesjugendbehörde eine organisatorisch abgetrennte Gliederungseinheit einzurichten, die allein und ausschließlich die Aufgaben des Landesjugendamtes wahrnimmt. § 8 Abs. 3 AG-KJHG-E lautet:

*(3) Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe und des Landesjugendamtes werden von der obersten Landesjugendbehörde wahrgenommen, soweit sie nicht anderen Stellen zugewiesen sind.*

Dem Wortlaut nach wird nicht das Landesjugendamt selbst in die oberste Landesjugendbehörde eingegliedert. Es gehen lediglich dessen *Aufgaben*, wie sie im SGB VIII beschrieben sind, auf die oberste Landesjugendbehörde über und werden von ihr wahrgenommen. Über deren organisatorische Einbindung innerhalb der obersten Landesjugendbehörde trifft das AG-KJHG-E keine Aussage. Insofern unterscheidet sich das AG-KJHG-E bei-

spielsweise deutlich von den Regelungen über die Verfassungsschutzbehörde. § 2 Abs. 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (BbgVerfSchG)<sup>14</sup> lautet:

*(1) Verfassungsschutzbehörde ist das Ministerium des Innern. Es unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.*

An einer vergleichbaren Bestimmung fehlt es im AGKJHG-E.

Im Übrigen könnte man aus dem Zusatz in § 8 Abs. 3 AGKJHG-E „..., soweit sie nicht anderen Stellen zugewiesen sind“, sogar den Schluss ziehen, dass das Gesetz es ausdrücklich billigt, wenn die Einheit der Aufgabenwahrnehmung aufgegeben würde. Für eine Zuweisung von Aufgaben des Landesjugendamtes an andere Stellen bedürfte es jedoch einer gesetzlichen Grundlage, etwa in Form einer Rechtsverordnungsermächtigung.

Das zuständige Ministerium ist dennoch nicht daran gehindert, die Aufgaben des Landesjugendamtes gleichwohl organisatorisch von der übrigen ministeriellen Tätigkeit abzugrenzen.<sup>15</sup>

## **5. Vereinbarkeit mit Bundesrecht**

Fraglich ist, ob die geplante Abschaffung des Landesjugendamtes mit höherrangigem Bundesrecht im Einklang steht.

Wie oben dargestellt<sup>16</sup> hat jeder überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII ein Landesjugendamt einzurichten (§ 69 Abs. 3 SGB VIII), das sich aus dem Landesjugendhilfeausschuss (mit Entscheidungskompetenz) und der Verwaltung des Landesjugendamtes zusammensetzt. Von dieser Vorgabe würde abgewichen werden, wenn das AGKJHG in der im Gesetzentwurf vorgesehenen Weise geändert würde. Die Änderung hätte die Abschaffung des Landesjugendamtes einschließlich seiner internen Organisation und Aufgabenaufteilung (Zweigliedrigkeit) zur Folge.

---

<sup>14</sup> Vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Januar 2010 (GVBl. I Nr. 1).

<sup>15</sup> Vgl. beispielsweise die Anordnung des ThürMP und des zust. ThürMin über die Errichtung des Landesjugendamtes vom 22. März 2005 (GVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Anordnung vom 12. Mai 2011 (GVBl. I S. 89), wonach das Landesjugendamt als eigene Abteilung des Ministeriums eingerichtet wird.

<sup>16</sup> Siehe unter II.1.b), S. 4.

Diese Abweichung von den bundesrechtlichen Vorgaben ist aufgrund des mit der Föderalismusreform I eingeführten Abweichungsrecht der Länder in Art. 84 Abs. 1 Satz 1 und 2 GG zulässig. Danach gilt der Grundsatz, dass die Länder, wenn sie Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten ausführen, die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren selbst regeln. Wird durch Bundesgesetz gleichwohl etwas anderes bestimmt, „können die Länder davon abweichende Regelungen treffen“. Diese Abweichungsbefugnis gilt auch für bundesgesetzliche Regelungen, die bereits vor Inkrafttreten der Föderalismusreform I am 1. September 2006 und damit vor Inkrafttreten des neuen Art. 84 Abs. 1 Satz 2 GG galten (vgl. Art. 125b Abs. 2 GG).

Die Länder nehmen die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe als eigene Angelegenheiten<sup>17</sup> (vgl. Art. 83 GG) wahr. Art. 84 GG ist also anwendbar. Mit den Bestimmungen des SGB VIII über das Landesjugendamt und speziell über den Landesjugendhilfeausschuss wird auch die Einrichtung von Behörden und/oder das Verwaltungsverfahren geregelt. Es handelt sich um formelles Begleitrecht, das von dem den Bürger betreffenden materiellen Recht abzugrenzen ist.<sup>18</sup>

Die Formulierung *Einrichtung von Behörden* ist grundsätzlich weit zu verstehen. Sie umfasst sowohl die Errichtung als auch die innere Organisation von Behörden. Behörde in diesem Sinne ist ganz allgemein jede amtliche Stelle, wie z. B. Einrichtungen der mittelbaren Staatsverwaltung oder auch Beliehene.<sup>19</sup> Sowohl die Errichtung als auch die Ausgestaltung einschließlich der Aufgaben- und Befugniszuweisung<sup>20</sup> unterliegen dem Abweichungsrecht der Länder. Davon erfasst ist auch die kollegiale und hierarchische Struktur, die Bildung von Ausschüssen, die Mitwirkung Privater ebenso wie die Ressortzugehörigkeit und Regelungen über die Kontrolle.<sup>21</sup>

---

<sup>17</sup> In Abgrenzung zur Bundesauftragsverwaltung nach Art. 85 GG und zur Bundesverwaltung nach Art. 86 GG.

<sup>18</sup> Vgl. zur Abgrenzung zwischen formellem und materiellem Recht *Kirchhof*, in: Maunz/Dürig, GG, Kommentar, Art. 84 (61. Lfg. Jan. 2011), Rn. 82, 84.

<sup>19</sup> *Trute*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 3, 6. Aufl. 2010, Art. 84 Rn. 9 f.

<sup>20</sup> Siehe dazu BVerfGE 75, 108, 150; 105, 313, 331.

<sup>21</sup> *Trute* a. a. O. (Fn. 19), Art. 84 Rn. 9 m. w. Nachw.



Bei den Vorschriften über das Landesjugendamt und den Landesjugendhilfeausschuss im SGB VIII handelt es sich um solche organisatorischen Bestimmungen. Durch sie werden die Länder verpflichtet, Landesjugendämter zu errichten (§ 69 Abs. 3 SGB VIII) und deren innere Organisation in einer bestimmten Weise zu regeln (Stichwort: „Zweigliedrigkeit“, § 70 Abs. 3 SGB VIII). Außerdem werden dem Landesjugendamt und dem Landesjugendhilfeausschuss Aufgaben und Befugnisse zugewiesen (§ 69 Abs. 3 und § 70 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. Abs. 2 SGB VIII). Es handelt sich insoweit also um Regelungen zur Einrichtung von Behörden im Sinne des Art. 84 Abs. 1 GG.

Ob auch das Beschlussrecht des Landesjugendausschusses innerhalb der Landesjugendbehörde noch unter die Formulierung *Einrichtung einer Behörde* fällt, mag zweifelhaft sein, auf jeden Fall dürfte diese Regelung aber den ebenfalls dem Abweichungsrecht unterliegenden Verfahrensregelungen zuzurechnen sein. *Verwaltungsverfahren* bezeichnet die Regelung des Ablaufs des Verfahrens bei der Ausführung von materiellem Bundesrecht. Hierunter fallen auch Vorbereitungshandlungen, d. h. auch der Erkenntnis- und Entscheidungsprozess in einer Behörde einschließlich der internen Willensbildung.<sup>22</sup> Die Aufgabenverteilung zwischen Landesjugendhilfeausschuss und Verwaltung des Landesjugendamtes dient gerade der Vorbereitung und Durchführung des materiellen Rechts der Kinder- und Jugendhilfe. Es handelt sich mithin um Verfahrensvorschriften, von denen die Länder abweichen können.

Allenfalls ließe sich noch einwenden, dass die Einbeziehung der Fachkompetenz und des weit gefächerten Erfahrungshorizonts, den die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses einbringen, nicht allein dem Verfahren zuzurechnen ist. Genauso gut könnte die Regelung – jedenfalls auch – zum Ziel haben, die Qualität der Jugendhilfe zu erhöhen, eine bessere Verzahnung zwischen Verwaltung, Fachpraxis, Trägern der freien Jugendhilfe und gesellschaftlichen Gruppen herzustellen und so letztlich die (materiellen) Ziele des SGB VIII zu erreichen. Es könnte sich mit anderen Worten um eine sog. „doppelgesichtige Norm“ handeln. Als doppelgesichtig wird eine Regelung bezeichnet, wenn sie materiellrechtlichen Inhalt hat und zugleich von verfahrensrechtlicher Bedeutung ist.<sup>23</sup> Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn die landesrechtliche Abweichung die Verwirkli-

---

<sup>22</sup> Kirchhof a. a. O. (Fn. 18) Art. 84 Rn. 52, 84; BVerfGE 114, 196, 224.

<sup>23</sup> BVerfGE 55, 274, 321.

chung der bundesgesetzlichen Konzeption und den effektiven Vollzug des Bundesgesetzes gefährden würde. Denn die Länder sind zur effektiven Gesetzesausführung verpflichtet.<sup>24</sup> Dass die Abschaffung des Beschlussrechts des Landesjugendhilfeausschusses tatsächlich den effektiven Vollzug des SGB VIII ausschließen und die eigentliche Sachreglung quasi konterkarieren würde, dürfte jedoch zu verneinen sein. Es ist nicht ersichtlich, dass die Aufhebung des Entscheidungsrechts des Landesjugendhilfeausschusses die Umsetzung des SGB VIII unmöglich machen würde, zumal der neu einzurichtende Landes-Kinder- und Jugendausschuss durch seine – abgesehen von dem eigentlichen Beschlussrecht – immer noch sehr weitgehenden Beteiligungsrechte hinreichend in die Lage versetzt wird, seine Fach- und Sozialkompetenzen in die Entscheidungsfindung der Verwaltung einbringen kann. Hinzu kommt, dass auf der örtlichen Ebene die bisherige Struktur der Jugendämter erhalten bleibt.

Im Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass die Abschaffung des Landesjugendamtes und des Landesjugendhilfeausschusses ebenso wie die Zuweisung der Aufgaben des Landesjugendamtes an die oberste Landesjugendbehörde auf das Abweichungsrecht des Art. 84 Abs. 1 Satz 2 GG gestützt werden kann. Gleiches gilt für die Abschaffung des Beschlussrechts des Landesjugendhilfeausschusses.<sup>25</sup>

Ergänzend kann der anliegenden Aufstellung über Organisation und Aufgaben der Landesjugendämter (Anlage 2) entnommen werden, dass auch andere Bundesländer bereits von ihrer Abweichungsbefugnis nach Art. 84 Abs. 1 Satz 2 GG Gebrauch gemacht haben und die Organisationsstruktur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in unterschiedlich starker Ausprägung abweichend vom SGB VIII geregelt haben.

### III. Zusammenfassung

1. Sollte der Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfestrukturen in der in den Landtag eingebrachten Fassung beschlossen werden, hätte dies die Auflösung des Landesjugendamtes zur Folge. Dessen Aufgaben würden

---

<sup>24</sup> Trute a. a. O. (Fn. 19), Art. 84 Rn. 25; Broß/Mayer, in: von Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 84 Rn. 16.

<sup>25</sup> Soweit ersichtlich herrschende Meinung: Schäfer, a. a. O. (Fn. 4), Vor §§ 69-71 Rn. 5 § 69 Rn. 13, § 70 Rn. 4 und § 71 Rn. 13; Winkler, in: Kreikebohm/Spellbrink/Waltermann (Hrsg.), Kommentar zum Sozialrecht, 3. Aufl. 2013, §§ 1-105 SGB VIII, Rn.142; Sachverständigenkommission für den 14. Kinder- und Jugendbericht vom August 2012, hrsg. v. der Bundesregierung, BT-Drs. 17/12200, S. 265, siehe auch die Kritik an der Umstrukturierung in anderen Bundesländern, S. 292, 389 und insbes. S. 390 ff.

auf die oberste Landesjugendbehörde, d. h. auf das für Jugend zuständige Ministerium übertragen werden.

Einen Landesjugendhilfeausschuss in der bisherigen Form gäbe es nicht mehr. Bei der obersten Landesjugendbehörde würde statt dessen ein Landes-Kinder- und Jugendausschuss eingerichtet werden. Er wäre ausschließlich beratend tätig; das Recht, Beschlüsse mit Bindungswirkung gegenüber der Verwaltung zu fassen, entfielen. Diesen Einschränkungen stehen weitergehende Befassungs- und Beteiligungsrechte des Ausschusses gegenüber. Diese erstrecken sich nicht nur auf alle Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe, sondern umfassen auch die Lebenssituationen junger Menschen insgesamt und damit generell jugendpolitische Fragestellungen (ausgenommen Fragen der Schule und der Berufsbildung).

2. Eine organisatorische Abgrenzung der Aufgaben des Landesjugendamtes von anderen ministeriellen Aufgaben, insbesondere auch von den Befugnissen der obersten Landesjugendbehörde, sieht der Gesetzentwurf nicht vor.
3. Die Auflösung des Landesjugendamtes einschließlich des Landesjugendhilfeausschusses widerspricht zwar den Vorgaben des SGB VIII, sie kann jedoch auf das Abweichungsrecht des Art. 84 Abs. 1 Satz 2 GG gestützt werden. Es handelt sich bei der Änderung der Behördenstruktur um rein formelles Recht, das ausschließlich die Einrichtung von Behörden und das Verwaltungsverfahren betrifft. Materielles Recht ist nicht berührt.
4. Eine Übersicht über die Aufgaben und Befugnisse der Landesjugendhilfeausschüsse in den anderen Bundesländern kann der beigefügten Aufstellung in Anlage 2 entnommen werden. Diese sind ebenso wie die Organisationsstrukturen ausgesprochen vielfältig und höchst unterschiedlich geregelt. Niedersachsen hat als einziges Land keinen Landesjugendhilfeausschuss. Die Landesjugendhilfeausschüsse aller anderen Länder haben zumindest die ihnen nach § 70 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII zustehenden Beschlussrechte gegenüber der Verwaltung des jeweiligen Landesjugendamtes.

## Synopse AGKJHG

<p><b>AGKJHG</b> (geltende Fassung)</p>	<p><b>AGKJHG-E</b> (Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfestrukturen - Drs. 5/7723)</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Überörtlicher Träger der Jugendhilfe,</b> <b><u>Landesjugendamt</u></b></p> <p>Überörtlicher Träger der Jugendhilfe im Sinne des § 69 Abs. 1 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist das Land Brandenburg. <u>Das Landesjugendamt ist Landesoberbehörde.</u></p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Überörtlicher Träger der Jugendhilfe,</b> <b><u>oberste Landesjugendbehörde</u></b></p> <p>(1) Überörtlicher Träger der Jugendhilfe im Sinne des § 69 <u>Absatz</u> 1 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist das Land Brandenburg.</p> <p>(2) Oberste Landesjugendbehörde im Sinne des Achten Buches Sozialgesetzbuch und dieses Gesetzes ist das für Jugend zuständige Ministerium. Die oberste Landesjugendbehörde nimmt die Aufgaben gemäß § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch wahr und erstellt zur Förderung von Aufgaben, die überregionale Bedeutung haben oder nach ihrer Art nicht allein von einem Jugendamt oder dem Zusammenschluss mehrerer Jugendämter gefördert werden können, einen <u>Landesjugendplan.</u></p> <p>(3) Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe und des <u>Landesjugendamtes</u> werden von der obersten Landesjugendbehörde wahrgenommen, soweit sie nicht anderen Stellen zugewiesen sind.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b><u>Landesjugendhilfeausschuß</u></b></p> <p>(1) Der Landesjugendhilfeausschuß befaßt sich mit allen Aufgaben der Jugendhilfe. Er beschließt über die Angelegenheiten der Jugendhilfe, soweit sie nach § 85 Abs. 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zur Zuständigkeit des Landesjugendamtes gehören, mit Ausnahme der laufenden Geschäfte.</p> <p>(2) Die Amtszeit des Landesjugendhilfeausschusses entspricht der Wahlperiode des Landtags. Sie endet mit dem Zusammentritt des neuen Landesjugendhilfeausschusses.</p> <p>(3) Die Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit, berechnigte Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen. Über den Ausschluß der Öffentlichkeit ergeht ein Beschluß des Landesjugendhilfeausschusses, in dem der Ausschlußgrund ausdrücklich festgestellt wird.</p> <p>(4) Dem Landesjugendhilfeausschuß gehören stimm- berechnigte und beratende Mitglieder an.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b><u>Rechtsaufsicht über die örtlichen Träger</u></b> <b><u>der Jugendhilfe</u></b></p> <p>Die Rechtsaufsicht über die örtlichen Träger der Jugendhilfe obliegt der obersten Landesjugendbehörde.</p>

(5) Der Landesjugendhilfeausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der obersten Landesjugendbehörde bedarf. Die Geschäftsordnung kann für die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses auch die Gewährung einer Aufwandsentschädigung in Form einer Fahrtkostenerstattung regeln. Mitglieder des Landtages und Vertreter von Behörden erhalten keine Fahrtkostenerstattung.

(6) Der Landesjugendhilfeausschuß wird von dem vorsitzenden Mitglied nach Bedarf, mindestens jedoch viermal im Jahr einberufen. Das vorsitzende Mitglied ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder dies verlangt.

#### **§ 10**

##### **Stimmberechtigte Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses**

(1) Dem Landesjugendhilfeausschuß gehören 20 stimmberechtigte Mitglieder an, die mit Stimmenmehrheit ein Mitglied für den Vorsitz wählen.

(2) Neun Mitglieder sollen in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer sein, die auf Vorschlag der Fraktionen vom Landtag gewählt werden; die Zusammensetzung soll dem Stärkeverhältnis der Fraktionen des Landtages entsprechen.

(3) 8 Mitglieder sind auf Vorschlag der auf Landesebene wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von dem für Jugend zuständigen Ministerium zu berufen. Zwei Mitglieder sind auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände aus dem Kreis der für Jugend zuständigen Beigeordneten, Dezernentinnen oder Dezernenten und Amtsleiterinnen oder Amtsleiter der örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie der Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden von dem für Jugend zuständigen Ministerium zu berufen.

(4) Ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied ist die Leiterin beziehungsweise der Leiter des Landesjugendamtes.

(5) Bei der Wahl, den Vorschlägen und der Berufung ist ein paritätisches Geschlechterverhältnis anzustreben.

(6) Scheidet ein stimmberechtigtes Mitglied vor Ablauf der Wahlperiode aus, so ist ein neues Mitglied nach Absatz 2 zu wählen oder nach Absatz 3 zu berufen.

(7) Für jedes stimmberechtigte Mitglied ist eine Stellvertretung zu wählen oder zu berufen. Die Absätze 2, 3 und 6 gelten entsprechend. In diesem Fall ist eine neue Stellvertretung zu wählen oder zu berufen. Die Leiterin oder der Leiter des Landesjugendamtes wird von der amtlichen Stellvertretung vertreten.

(8) Nicht gewählt oder berufen werden kann, wer in einem Dienst- oder Angestelltenverhältnis in einer obersten Landesbehörde oder einer Landesoberbehörde tätig ist und wer nicht das 14. Lebensjahr vollendet hat. Das gilt auch für die Berufung der von den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorge-

#### **§ 10**

##### **Landes-Kinder- und Jugendausschuss**

(1) Zur Beratung der Landesregierung wird ein Landes-Kinder- und Jugendausschuss gebildet, dessen Mitglieder und für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied vom Landtag und den in Absatz 2 genannten Gremien und Institutionen benannt werden. Die Amtszeit des Landes-Kinder- und Jugendausschusses entspricht der Wahlperiode des Landtags. Er wird erstmalig nach dem Zusammentreten des Landtags in seiner 6. Wahlperiode gebildet. Seine Amtszeit endet mit dem Zusammentreten eines neuen Landes-Kinder- und Jugendausschusses.

(2) In den Landes-Kinder- und Jugendausschuss entsenden

1. der Landtag insgesamt fünf Mitglieder, die auf Vorschlag der Fraktionen vom Landtag gewählt werden,
2. der Dachverband der Jugendverbände fünf Mitglieder,
3. die LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege fünf Mitglieder,
4. der Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V. zwei Mitglieder,
5. der Landkreistag Brandenburg e.V. drei Mitglieder,
6. die Familienverbände im Land Brandenburg und der Landeselternrat je ein Mitglied,
7. der Landesschülerrat ein Mitglied,
8. die evangelische und die katholische Kirche, die jüdische Kultusgemeinde sowie die Gesamtheit der freigeistigen Verbände je ein Mitglied und
9. die Hochschulen des Landes Brandenburg gemeinsam ein Mitglied.

Nicht benannt oder berufen werden kann, wer in einem Dienst- oder Angestelltenverhältnis in einer obersten Landesbehörde oder einer Landesoberbehörde tätig ist oder wer nicht das 14. Lebensjahr vollendet hat. Bei den Benennungen und Berufungen ist ein paritätisches Geschlechterverhältnis anzustreben.

schlagenen Personen.

(9) Der Landesjugendhilfeausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag.

(3) Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtszeit des Landes-Kinder- und Jugendausschusses aus, so kann in entsprechender Anwendung von Absatz 1 und 2 ein nachfolgendes Mitglied benannt oder berufen werden. Beim Ausscheiden von stellvertretenden Mitgliedern gilt dies entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Landes-Kinder- und Jugendausschusses wählen aus ihrer Mitte mit Stimmenmehrheit ein Mitglied für den Vorsitz und zwei stellvertretende vorsitzende Mitglieder, die den Vorstand des Landes-Kinder- und Jugendausschusses bilden.

(5) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss kann zu einzelnen Themen Sachverständige hinzuziehen und soll junge Menschen an den Beratungen beteiligen, die von der Entscheidung betroffen sein werden. Vertreterrinnen und Vertreter von Einrichtungen und Interessenverbänden von landesweiter Bedeutung sollen im Benehmen zwischen dem vorsitzenden Mitglied und der obersten Landesjugendbehörde zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn Beratungsgegenstände dies nahe legen.

(6) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss kann aus seinen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern Unterausschüsse bilden, deren Aufgabenbereiche sich an den Handlungsfeldern der Jugendhilfe orientieren. Er kann auch weitere in der Jugendhilfe erfahrene Personen in die Unterausschüsse berufen. Es können Unterausschüsse zu weiteren Themen gebildet werden.

(7) Die Mitglieder des Landes-Kinder- und Jugendausschusses, die stellvertretenden Mitglieder und die nach Absatz 5 und 6 Beteiligten erhalten für notwendige Auslagen und Aufwendungen eine angemessene Entschädigung, wenn ihnen nicht eine Entschädigung von anderer Seite gewährt wird oder nach anderen Rechtsvorschriften zusteht. Auf die Höhe der Entschädigung und das Verfahren zur Festsetzung finden die für den Landesschulbeirat geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

(8) Bei der obersten Landesjugendbehörde besteht eine Geschäftsstelle für den Landes-Kinder- und Jugendausschuss und seine Unterausschüsse nach Absatz 6. Die oberste Landesjugendbehörde stellt dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss und seinen Unterausschüssen die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Sachmittel und Räume zur Verfügung und entsendet Bedienstete, die mit den anstehenden Themen befasst sind, zur Teilnahme an den Beratungen in die Sitzungen des Landes-Kinder- und Jugendausschusses und bei Bedarf seiner Unterausschüsse. An den Sitzungen des Landes-Kinder- und Jugendausschusses nimmt eine von der obersten Landesjugendbehörde benannte Vertretung dieser Behörde teil.

## § 11

### Beratende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses

(1) In den Landesjugendhilfeausschuss entsenden je ein beratendes Mitglied:

1. die oberste Landesjugendbehörde,
2. die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit,
3. das für betriebliche Berufsbildung zuständige Ministerium,
4. das für Gleichstellungsfragen zuständige Ministerium,
5. das für Soziales zuständige Ministerium,
6. das für Schulen zuständige Ministerium,
7. das für Gesundheit zuständige Ministerium,
8. das Justizministerium,
9. das Innenministerium,
10. die für die Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte zuständige Einrichtung,
11. die Hochschulen eine im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe forschende und lehrende wissenschaftliche Fachkraft,
12. der Zusammenschluss der Familienverbände,
13. der Zusammenschluss gewerblicher Träger der Kinder- und Jugendhilfe,
14. der Landesrat der Schülerinnen und Schüler,
15. der Landesrat der Eltern,
16. der Landesrat der Lehrkräfte,
17. der Landessportbund,
18. die evangelische und die katholische Kirche, die jüdische Kultusgemeinde und die Gesamtheit der freigeistigen Verbände, soweit diese im Zuständigkeitsbereich des Landesjugendamtes ansässig sind. Zusätzlich kann der Landesjugendhilfeausschuss bis zu zwei Vertreterinnen oder Vertreter von im Zuständigkeitsbereich des Landesjugendamtes ansässigen weiteren Religionsgemeinschaften zu beratenden Mitgliedern bestimmen.

(2) Die beratenden Ausschußmitglieder sollen fachliche Fähigkeiten und Erfahrungen in Bereichen haben, die mit der Jugendhilfe in Zusammenhang stehen.

(3) Für jedes beratende Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses nach Absatz 1 Nr. 1 bis 18 ist durch die dafür zuständige Stelle eine Stellvertretung zu bestimmen.

(4) Durch die Geschäftsordnung kann bestimmt werden, daß weitere sachkundige Frauen, Männer und Jugendliche, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, dem Landesjugendhilfeausschuß als beratende Mitglieder angehören. Für die laufende Wahlperiode kann die Bestimmung durch Beschluß des Landesjugendhilfeausschusses erfolgen.

## § 11

### Sitzungen und Verfahren des Landes-Kinder- und Jugendausschusses

(1) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss wird von seinem vorsitzenden Mitglied nach Bedarf, mindestens jedoch dreimal im Jahr einberufen. Das vorsitzende Mitglied ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder dies verlangt.

(2) Die Sitzungen des Landes-Kinder- und Jugendausschusses sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit ergeht ein Beschluss, in dem der Ausschlussgrund ausdrücklich festgestellt wird.

(3) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag.

(4) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung durch die oberste Landesjugendbehörde bedarf und im Amtsblatt für Brandenburg bekannt gemacht wird.

(5) Der Landesjugendhilfeausschuß kann zu einzelnen Themen Sachverständige hinzuziehen und soll junge Menschen an den Beratungen beteiligen, die von der Entscheidung betroffen sein werden.

## **§ 12** **Unterausschüsse**

Für die Bildung von Unterausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses gilt § 7 entsprechend mit der Maßgabe, daß sie aus Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses oder deren Vertretern erfolgen kann.

## **§ 12** **Aufgaben des Landes-Kinder- und Jugendausschusses**

(1) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss befasst sich mit allen Aufgaben der Jugendhilfe sowie mit den Lebenssituationen von jungen Menschen mit Ausnahme der Bereiche Schule und Berufsausbildung. Das Befassungsrecht gilt auch für Fragen der Jugendhilfe, die sich auf Schule und Berufsausbildung beziehen, soweit nicht innerorganisatorische Angelegenheiten der Schule berührt sind. Das Befassungsrecht umfasst das Recht auf Information in allen überörtlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe sowie der Lebenssituation junger Menschen und schließt das Recht ein, zu Fragen seines Aufgabenbereichs Gutachten einzuholen.

(2) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss berät die oberste Landesjugendbehörde zu den Themen seines Befassungsrechts. Er kann dazu Empfehlungen beschließen.

(3) Die oberste Landesjugendbehörde entscheidet im Benehmen mit dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss über Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Grundsatzfragen zu den Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe nach § 85 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch sowie über die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe gemäß § 75 des Achten Buches Sozialgesetzbuch. Besteht ein unabweisbar dringender Regelungsbedarf und kann die Beteiligung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, entscheidet die oberste Landesjugendbehörde im Benehmen mit dem Vorstand des Landes-Kinder- und Jugendausschusses über ein abweichendes Verfahren. Zugleich ist der Landes-Kinder- und Jugendausschuss über das abweichende Verfahren und über die Gründe der Dringlichkeit zu informieren. Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss kann dazu Stellung nehmen.

(4) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss ist rechtzeitig vor der Einbringung in das Kabinett zu Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen, die seinen Aufgabenbereich betreffen, zu hören. Absatz 3 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(5) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss ist an der überörtlichen Jugendhilfeplanung zu beteiligen. Mindestens einmal jährlich sind die Auswirkungen der Erlaubniserteilungen nach § 20 auf die Jugendhilfeinfrastruktur, auf die Fachentwicklung der Kindertagesbetreuung und der Hilfen zur Erziehung sowie auf die Kosten der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu erörtern.

(6) Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss hat das



	<p><u>Recht, der Öffentlichkeit über seine Arbeit zu berichten, und entscheidet über die Veröffentlichung seiner Beschlüsse; er kann diese Entscheidung durch die Geschäftsordnung oder im Einzelfall auf den Vorstand übertragen.</u></p>
<p><b><u>§ 13</u></b>  <b><u>Verfahren des Landesjugendhilfeausschusses in Fällen äußerster Dringlichkeit</u></b></p> <p><u>In Fällen äußerster Dringlichkeit, in denen ein Beschluß des Landesjugendhilfeausschusses nicht mehr rechtzeitig herbeigeführt werden kann, kann die Leitung des Landesjugendamtes Anordnungen im Einverständnis mit der beziehungsweise dem Vorsitzenden dieses Ausschusses treffen. Der Landesjugendhilfeausschuß ist unverzüglich zu unterrichten. Er kann die Anordnungen aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind.</u></p>	<p><b><u>§ 13</u></b>  <b><u>(aufgehoben)</u></b></p>
<p><b><u>Abschnitt III</u></b>  <b><u>Oberste Landesjugendbehörde</u></b></p> <p><b><u>§ 14</u></b>  <b><u>Oberste Landesjugendbehörde</u></b></p> <p><u>(1) Oberste Landesjugendbehörde im Sinne des Achten Buches Sozialgesetzbuch und dieses Gesetzes ist das für Jugend zuständige Ministerium.</u></p> <p><u>(2) Die oberste Landesjugendbehörde nimmt die Aufgaben gemäß § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch wahr und erstellt zur Förderung von Aufgaben, die überregionale Bedeutung haben oder nach ihrer Art nicht allein von einem Jugendamt oder dem Zusammenschluß mehrerer Jugendämter gefördert werden können, einen Landesjugendplan.</u></p>	<p><b><u>Abschnitt III</u></b>  <b><u>(aufgehoben)</u></b></p> <p><b><u>§ 14</u></b>  <b><u>(aufgehoben)</u></b></p>

## Organisation und Aufgaben der Landesjugendhilfeausschüsse in den Ländern

BL	Eigenständiges LJA	LJHA vohanden?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
BW	<b>ja</b> Überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist der Kommunalverband für Jugend und Soziales, der ein LJA errichtet. Die Aufgaben des LJA werden durch den LJHA und durch die Verwaltung des LJA wahrgenommen.	<b>ja</b> (be-schlie-ßender Fachaus-schuss i.S.d. JSVG)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe</li> <li>• befasst sich mit den Berichten der Verwaltung über Entwicklungen der überörtlichen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und berät die Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung nach § 85 Abs. 2 SGB VIII</li> </ul>	• hat Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Verbandsversammlung bereitgestellten Mittel und der von ihr gefassten Beschlüsse	• soll vor Berufung der/s Leiterin/ers der Verwaltung des LJA gehört werden	<ul style="list-style-type: none"> <li>• berät alle Angelegenheiten der Jugendhilfe vor, die der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung bedürfen</li> <li>• hat das Recht, an die Verbandsversammlung Anträge zu stellen</li> </ul>
BY	<b>ja</b> Die Aufgaben des überörtlichen Trägers werden durch das Landesjugendamt wahrgenommen. Das Landesjugendamt ist beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eingerichtet. Die Aufgaben des LJA werden durch den LJHA und durch die Verwaltung des LJA nach Maßgabe des SGB VIII und des AGSG im Rahmen der AVSG und der dem LJA zur Verfügung gestellten Mittel wahrgenommen.	<b>ja</b>	• befasst sich mit allen Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe, soweit sie von überörtlicher Bedeutung sind und nicht zu den laufenden Geschäften gehören.		<ul style="list-style-type: none"> <li>• ist vor Erlass/Änderung der RechtsVO zu Verfassung und Verfahren des LJA anzuhören</li> <li>• wird vor der Bestellung der mit der Leitung betrauten Person (Leiter/in der Verwaltung) gehört</li> </ul>	
BE	<b>nein</b> Die für Jugend und Familie zuständige Senatsverwaltung (LJA) ist oberste Landesjugendbehörde im Sinne des SGB VIII und nimmt zugleich die Aufgaben des überörtlichen Trägers nach § 85 Abs. 2 SGB VIII und die Aufgaben der Verwaltung des LJA wahr. In jedem Bezirk ist ein Jugendamt zu errichten, das sich aus dem JHA und der Verwaltung zusammensetzt.	<b>ja</b>	• befasst sich mit den Aufgaben der Jugendhilfe	• hat Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe nach § 85 Abs. 2 SGB VIII, mit Ausnahme der laufenden Geschäfte, im Rahmen der vom Abgeordnetenhaus bereitgestellten Mittel und der von ihm gefassten Beschlüsse		

BL	Eigenständiges LJA	LJHA vohanden?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
BR	<b>nein</b> Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe werden durch das LJA bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wahrgenommen; bei der Senatorin ist ein LJHA eingerichtet.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich anregend und fördernd mit den Angelegenheiten des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, insbesondere den dem LJA übertragenen Aufgaben nach § 89 Abs. 2 SGB VIII</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und der Vorgaben der Deputation für Jugendhilfe über wichtige Aufgaben des LJA, insbesondere bei: <ul style="list-style-type: none"> <li>Erlass von Richtlinien,</li> <li>der Themenwahl und Vorlage eines Kinder- und Jugendberichts und</li> <li>der Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>soll in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe gehört werden</li> <li>soll vor der Bestellung des Leiters oder der Leiterin des LJA gehört werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>hat das Recht, Anträge an den zuständigen Ausschuss der Bürgerschaft zu richten, und sich durch Berichterstatter/innen vertreten zu lassen; gegebenenfalls sind abweichende Auffassungen von Minderheiten vorzutragen. Seine Stellungnahmen sind im weiteren Verfahren an den Senat und an die Bürgerschaft weiterzuleiten</li> </ul>
HH	<b>nein</b> Die Aufgaben des LJA werden von der zur Jugendhilfebehörde bestimmten Fachbehörde (Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung) und dem bei ihr gebildeten LJHA wahrgenommen.	<b>ja</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt über Angelegenheiten des LJA von grundsätzlicher Bedeutung im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel und der Beschlüsse der Deputation</li> <li>beschließt über: <ul style="list-style-type: none"> <li>die Förderung der landesweit organisierten Jugendverbände und Jugendgruppen und ihrer Zusammenschlüsse (§ 12 Absatz 1 SGB VIII)</li> <li>die Angebote der Familienerholung (§ 16 Absatz 2 Nummer 3 SGB VIII)</li> <li>die Förderung, die Schaffung und den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder (§§ 22 und 24 SGB VIII)</li> <li>die Beratung und Unterstützung selbstorganisierter Förderung von Kindern (§ 25 SGB VIII)</li> <li>die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe (§ 75 SGB VIII), soweit nicht die Bezirksämter diese Aufgaben wahrnehmen</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>ist bei allen überörtlichen Planungen zu hören, die auf die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien gestaltend Einfluss nehmen</li> </ul>	
MV	<b>ja</b> Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nimmt das LJA beim Kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern wahr.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>nimmt die Aufgaben nach SGB VIII, dem KJHG-Org M-V und dem KitaG im Rahmen der Satzung und den zur Verfügung stehenden Mitteln wahr</li> <li>befasst sich mit allen dem überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegenden Aufgaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt zu allen grundsätzlichen Fragen auf dem Gebiet der Jugendhilfe und zu von der LReg zu erlassenden Richtlinien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>ist an Gesetzgebungsverfahren, Richtlinien und Empfehlungen, die die Kinder- und Jugendhilfe betreffen, frühzeitig durch die Landesregierung zu beteiligen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>hat das Recht, Anträge an die oberste Landesjugendbehörde zu stellen</li> </ul>
NI	<b>nein</b> s. u. separate Tabelle S. 7	<b>nein</b>				

BL	Eigenständiges LJA	LJHA vohanden?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
NW	ja Überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind die Landschaftsverbände (LV Rheinland und LV Westfalen-Lippe). Sie nehmen jeweils für ihren Bereich die Aufgaben des LJA wahr. Die Verwaltung des LJA ist eine Abteilung innerhalb der Verwaltungen des jeweiligen LV.	ja (beim LVR-LJA Rheinland)	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich anregend, fördernd und ggf. beschließend mit den Aufgaben des LVR in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (§ 10 AG-KJHG)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>entscheidet über: <ul style="list-style-type: none"> <li>Zuschüsse und Darlehen für Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Rahmen der von der Landschaftsversammlung bereitgestellten Mittel; soweit die zuständige oberste Landesjugendbehörde bzw. die zuständige Bundesbehörde keine Richtlinien und Weisungen erlassen hat, beschließt LJHA über Landes- und Bundesmittel; LJHA kann dieses Beschlussrecht auf die Verwaltung des LVR-LJA Rheinland übertragen und das Verfahren dafür näher regeln</li> <li>Richtlinien, Grundsätze und Empfehlungen für die: <ul style="list-style-type: none"> <li>Tätigkeit der JA und die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe,</li> <li>erzieherische Hilfe und Heimaufsicht,</li> <li>Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,</li> <li>Wahrnehmung der Aufgaben des LVR-LJA Rheinland</li> </ul> </li> <li>öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 25 Absatz 1 Nr. 2 AG-KJHG</li> <li>Verleihung des LVR-Prädikates Kinderfreundlich</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>soll vor jeder Entscheidung der Landschaftsversammlung oder des Landschaftsausschusses zu Angelegenheiten der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe gehört werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>berät insbesondere über: <ul style="list-style-type: none"> <li>Haushaltsplan und Investitionsprogramm</li> <li>Stellenplan für das LVR-LJA Rheinland</li> <li>Stellungnahme vor Bestellung (Wahl) der Leiterin/des Leiters der Verwaltung des LVR-LJA Rheinland</li> <li>Ausstattung und Struktur des LVR-LJA Rheinland und die Stellungnahme zur Abgrenzung der Aufgaben des LVR-LJA Rheinland von den Aufgaben anderer Stellen der Verwaltung des LVR</li> <li>Fachplanungen und Einzelprojekte</li> </ul> </li> <li>hat das Recht, bei der Landschaftsversammlung oder dem Landschaftsausschuss Anträge zu stellen</li> <li>nimmt zugleich die Aufgaben eines Fachausschusses i.S.d. Landschaftsverbandsordnung wahr</li> <li>hat das Recht, Anträge an die Landschaftsversammlung zu stellen</li> </ul>
NW		ja (beim LWL-LJA Westfalen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich anregend, fördernd und ggf. beschließend mit allen dem LWL als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegenden Aufgaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt über: <ul style="list-style-type: none"> <li>Verwendung der vom Landschaftsverband, Land und Bund für die Jugendhilfe bereitgestellten Mittel (dabei an RL und Weisungen des Min. f. Fam. Kinder, Jugend, Kultur und Sport gebunden); LJHA kann dieses Beschlussrecht auf die Verwaltung des LWL-LJA Westfalen übertragen und das Verfahren dafür näher regeln</li> <li>öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe</li> <li>Richtlinien und Grundsätze für die Wahrnehmung der Aufgaben des LWL-LJA Westfalen und seiner Einrichtungen</li> <li>Empfehlungen für die Tätigkeit der Jugendämter und Träger der freien Jugendhilfe und für deren Zusammenarbeit untereinander</li> <li>Empfehlungen für die Bildung, Zusammensetzung und Aufgabenstellung von Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>soll vor jeder Beschlussfassung der Landschaftsversammlung gehört werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>hat beratende Befugnis insbesondere in folgenden Angelegenheiten: <ul style="list-style-type: none"> <li>Bestellung des Leiters des LWL-LJA Westfalen</li> <li>Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des LJHA, die von den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind</li> <li>Aufstellung des Stellenplans der Verwaltung des LWL-LJA Westfalen und der von ihr betreuten Jugendhilfe-Einrichtungen des LV Westfalen-Lippe</li> <li>Aufstellung des Jugendhilfeetats des LV Westfalen-Lippe</li> <li>Abgrenzung der Aufgaben des LWL-LJA Westfalen von denen anderer Stellen der Verwaltung</li> <li>Bearbeitung von Beschwerden über Entscheidungen, bei denen er beteiligt ist</li> <li>Belange von Einrichtungen der Jugendhilfe in Trägerschaft des LV Westfalen-Lippe</li> </ul> </li> <li>hat das Recht, Anträge an die Landschaftsversammlung zu stellen</li> </ul>

BL	Eigenständiges LJA	LJHA vohanden?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
RP	<b>ja</b> Die Aufgaben des LJA werden vom Landesamt für Jugend und Soziales wahrgenommen. Das LJA ist eine Abteilung des Landesamtes. Das LJA besteht aus dem LJHA und der Verwaltung des LJA.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich mit allen dem überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegenden Aufgaben, insbesondere mit: <ul style="list-style-type: none"> <li>aktuellen Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien</li> <li>Strukturfragen der Jugendhilfe, der Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe</li> </ul> </li> <li>befasst sich mit allen überörtlichen Angelegenheiten der Jugend- und Jugendsozialarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt über die dem LJA obliegenden Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der Satzung und der dem LJA zur Verfügung gestellten Mittel, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung des LJA handelt, insbesondere über: <ul style="list-style-type: none"> <li>Verwendung der dem LJA für die Jugend- und Familienhilfe bereitgestellten Mittel</li> <li>Näheres über Inhalt, Struktur und Verfahren der Jugendhilfeplanung (soweit in Zuständigkeit des LJA)</li> <li>Empfehlungen für die Träger der Jugendhilfe</li> <li>Vereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe</li> <li>Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AGKJHG</li> <li>Satzung und Geschäftsordnung</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>ist vor Gesetzesvorhaben, Rechtsvorschriften und vor dem Erlass von Verwaltungsvorschriften zur Jugendarbeit und zur Jugendsozialarbeit zu hören</li> <li>ist vor Bestellung des/r Präsident/in des Landesamts für Jugend und Soziales und des/r Leiter/in der Abteilung LJA dieser Behörde anzuhören</li> <li>soll in Angelegenheiten, die die Jugendhilfe wesentlich berühren, gehört werden</li> <li>ist mit beratender Befugnis an der Vorbereitung des Haushalts- und Stellenplanes zu beteiligen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>unterbreitet Vorschläge zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit</li> <li>macht Vorschläge zur Lösung der Strukturfragen (s. Aufg. nach SGB VIII))</li> <li>trägt zur Koordinierung und Kooperation der Träger der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sowie zu deren Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bei</li> </ul>
SL	<b>nein</b> Die Aufgaben des überörtlichen Trägers werden durch das Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport, zugleich als Landesjugendamt, wahrgenommen.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich anregend und fördernd mit den Aufgaben der Jugendwohlfahrt, soweit sie nicht durch Gesetz anderen Stellen oder durch die Satzung oder allgemeine Verwaltungsübung der Verwaltung des LJA als laufende Geschäfte obliegen.</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>ist an der Vorbereitung des Haushaltsplans des LJA zu beteiligen</li> <li>ist vor Erstellung des Landesjugendplans zu hören</li> <li>ist vor Erlass der Mustersatzung für die Jugendämter zu hören</li> <li>hat bei der landesrechtlichen Entwicklung des Jugendhilfrechts im Rahmen der Anhörungspflichten der obersten Landesbehörde nach AGJWG mitzuwirken</li> <li>ist vor Erlass einer RVO nach SKBBG anzuhören</li> </ul>	

BL	Eigenständiges LJA	LJHA vohanden?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
SN	<b>nein</b> Die Aufgaben des überörtlichen Trägers nach § 85 Abs. 2 SGB VIII werden durch das LJA beim Staatsministerium für Soziales wahrgenommen.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich mit den dem Freistaat Sachsen als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegenden Aufgaben</li> <li>kann sich auch mit allen anderen Angelegenheiten der Jugendhilfe befassen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beschlussrecht im Rahmen der für die Erfüllung der Aufgaben des überörtlichen Trägers gemäß § 85 Abs. 2 SGB VIII bereitgestellten Mittel und der LJAVO</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>ist zu allen grundsätzlichen Fragen auf dem Gebiet der Jugendhilfe, insbesondere dem Erlass von Förderrichtlinien der obersten Landesjugendbehörden nach § 82 SGB VIII anzuhören</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Entwicklung von Grundsätzen und Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII</li> <li>Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe</li> <li>Aufstellung von Grundsätzen für die Fortbildung der Mitarbeiter der Jugendhilfe</li> <li>Förderung einer angemessenen Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen der Jugendhilfe unter Berücksichtigung der verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung und des Bildungsverständnisses von Jugendhilfe</li> </ul>
ST	<b>ja</b> Das LJA ist Teil der für die Kinder- und Jugendhilfe zuständigen oberen Landesbehörde des Landes Sachsen-Anhalt. Es besteht aus dem LJHA und der Verwaltung des LJA.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich gemäß § 71 Abs. 4 SGB VIII mit allen dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe obliegenden Aufgaben, soweit es sich um Grundsatzaufgaben und nicht um die Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt über die Verwendung der vom Land bereitgestellten Mittel</li> <li>beschließt, wie die Unterrichtung der Zusammenschlüsse der Träger der freien Jugendhilfe zu erfolgen hat, wenn er über Fragen der Kinder- und Jugendhilfeplanung berät, und auf welche Weise ihnen das Recht auf Beteiligung an Arbeitsgruppen gemäß § 15 Abs. 3 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KJHG-LSA) eingeräumt werden soll</li> <li>kann zu aktuellen Problemlagen junger Menschen Beschlüsse fassen</li> <li>kann sich vorbehalten, über die öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 14 Abs. 1 Nr. 2 KJHG-LSA zu beschließen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>soll von Landesjugendbehörde zu grundsätzlichen Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe gehört werden</li> <li>ist vor Berufung der Leiterin oder des Leiters des LJA zu hören</li> <li>spätestens 3 Monate vor der Vorlage im Landtag ist der Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe dem LJHA von LReg zur Stellungnahme vorzulegen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>soll aktuelle Problemlagen junger Menschen erörtern und beraten, kann hierzu Empfehlungen an die örtlichen Jugendhilfeträger herausgeben</li> <li>gibt Empfehlungen und Beratung für die Tätigkeit der Jugendämter, insbesondere für die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe sowie für die Förderung und öffentliche Anerkennung dieser Träger</li> <li>ständiger Unterausschuss für die Jugendhilfeplanung legt dem LJHA regelmäßig Bericht über aktuellen Stand der Jugendhilfeplanung vor</li> <li>teilt der obersten Landesjugendbehörde jährlich den Bedarf der im kommenden Jahr für die Jugendhilfe bereitzustellenden Haushaltsmittel mit</li> </ul>
SH	<b>nein</b> Die Aufgaben des LJA nach dem SGB VIII, dem JugFöG und dem KiTaG nehmen der LJHA und die/der Minister/in für Jugend als Verwaltung des LJA wahr.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich mit den grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, der Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe. Er wirkt anregend und fördernd mit bei den Aufgaben der Jugendhilfe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Rahmen der genannten Aufgaben nach § 85 Abs. 2 SGB VIII, KiTaG und JuFöG fasst er Beschlüsse; wendet sich mit seinen Beschlüssen an die Leitung der Verwaltung des Landesjugendamtes</li> <li>trifft grundsätzlich die Entscheidung über Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 54 Abs. 2 JuFöG</li> </ul>		

BL	Eigenständiges LJA	LJHA vohan- den?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
			fe nach § 85 Abs. 2 SGB VIII, dem KiTaG und dem JugFöG			
TH	<b>nein</b> Die dem LJA außerhalb des Bereichs der Kinder- tagesbetreuung nach Bundes- und Landesrecht zugewiesenen Aufgaben nimmt das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium wahr. Dazu hat die LReg das LJA als obere Landesbehörde bei diesem Ministerium eingerichtet. Die Verwaltungsaufgaben sind der zuständigen Abteilung des Ministeriums übertragen worden.	<b>ja</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>befasst sich mit allen dem überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegenden Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beschließt über die Angelegenheiten der Jugendhilfe, soweit sie nach § 85 Abs. 2 SGB VIII zur Zuständigkeit des überörtlichen Trägers gehören, mit Ausnahme der laufenden Geschäfte</li> <li>erlässt für das LJA eine Satzung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>1 Mitglied des LJHA wird in Landesschulbeirat berufen</li> <li>ist am Entwurf des Haushaltsplanes zu beteiligen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>berät die LReg bei Verwendung der vom Land bereitgestellten Mittel gem. § 7 Abs. 2 ThürKJHAG</li> </ul>

## Organisationsstruktur in Niedersachsen mit Landesbeirat statt LJHA

BL	Organisationsstruktur	LJHA vorhanden?	Aufgaben nach SGB VIII	Beschlussrechte	Beteiligungsrechte	sonstige Aufgaben
NI	Die Aufgaben des überörtlichen Trägers werden von den Behörden des Landes wahrgenommen, die die Landesregierung bestimmt (Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, KultusMin sowie Landesamt für Soziales, Familie und Jugend). Die Ministerien haben gem. § 9 Abs. 2 Satz 3 AG KJHG einen Landesbeirat für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik eingerichtet. Dessen Geschäftsführung und Untergremien wurden beim Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration angesiedelt.	<b>nein</b> (beim zuständigen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und Integration ist ein Gremium zu bilden (Landesbeirat für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik), dessen Zusammensetzung und Aufgaben in Anlehnung an § 71 Abs. 4 SGB VIII zu bestimmen sind.)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• befasst sich mit allen Angelegenheiten der überörtlichen Jugendhilfe und der Familienpolitik, insbesondere mit: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe und der Familienpolitik</li> <li>▪ Jugendhilfeplanung</li> <li>▪ Förderung der freien Jugendhilfe und der Familienpolitik</li> </ul> </li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• erhält Gelegenheit, zu den Entwürfen von Rechtsvorschriften und zu veröffentlichenden Richtlinien Stellung zu nehmen (innerhalb 6 Wo, in dringenden Fällen 2 Wo, bei Nichtbeteiligung wg. Eilbedürftigkeit: Unterrichtung)</li> <li>• kann zur Haushaltsplanung im Rahmen des allgemeinen Verfahrens nach den §§ 27 und 28 LHO Stellung nehmen und kann unabhängig davon Vorschläge zur Haushaltsplanung unterbreiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Beratungsergebnisse nach den Aufgaben nach SGB VIII leitet der Landesbeirat den obersten Landesjugendbehörden zur Erwägung zu</li> <li>• kann gegenüber den obersten Landesjugendbehörden Vorschläge für Regelungen und Empfehlungen machen</li> </ul>



## Rechtsgrundlagen (Fundstellen)

### Baden-Württemberg

- Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden Württemberg (LKJHG) vom 14. April 2005 (GBl. S. 376), zuletzt geändert durch VO vom 25. Jan. 2012 (GBl. S. 65, 70)
- Satzung für das Landesjugendamt vom 12. Okt. 2004, zuletzt geändert durch Satzung vom 9. Dez. 2009 (StAnz BW Nr. 50 vom 30. Dez. 2009)
- Jugend- und Sozialverbandsgesetz (JSVG) vom 1. Juli 2004 (GVBl. S. 469, 572), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Mai 2009 (GBl. S. 185, 192)

### Bayern

- Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dez. 2006 (GVBl. S. 942), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2013 (385)
- Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) vom 2. Dez. 2008 (GVBl. S. 912), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 2013 (174)

### Berlin

- Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) i. d. F. vom 27. April 2001 (GVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dez. 2010 (GVBl. S. 560)

### Bremen

- Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen (BremAGKJHG) vom 17. Sept. 1991 (Brem.GBl. S. 318), zuletzt geändert durch ÄndBek vom 24. Jan. 2012 (Brem.GBl. S. 24)

### Hamburg

- Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (AG SGB VIII) vom 25. Juni 1997 (HmbGVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Aug. 2012 (HmbGVBl. S. 407)

### Hessen

- Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz Buch (HKJGB) vom 18. Dez. 2006 (GVBl. I S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2013 (GVBl. S. 207)
- Satzung für das Landesjugendamt Hessen vom 12. Mai 1994 (StAnz Nr. 24)

### Mecklenburg-Vorpommern

- Landesjugendhilfegesetz (KJHG-Org M-V) vom 23. Febr. 1993 (GVBl. M-V S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juni 2012 (GVBl. S. 208, 211)
- Satzung des Landesjugendamtes Mecklenburg-Vorpommern vom 12. Okt. 1993 (Amtsbl. M-V S. 1676), zuletzt geändert durch VV vom 7. Jan. 2000 (Amtsbl. M-V S. 188)
- Kommunalen Sozialverbandsgesetz (KsozVerbG M-V) vom 17. Dez. 2001 (GVOBl. S. 612), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Sept 2010 (GVOBl. M-V S. 534)
- Aufgabenzuordnungsgesetz (AufgZuordG M-V) vom 12. Juli 2010 (GVOBl. M-V S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2013 (GVOBl. M-V S. 404)

### Niedersachsen

- Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) vom 5. Febr. 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Okt. 2011 (Nds. GVBl. S. 353)
- Landesbeirat für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik – Gem. RdErl. d. MS u. d. MK vom 20. Dez. 2006 (Nds. MBl. 2007 S. 110)

### Nordrhein-Westfalen

- Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) vom 12. Dez. 1990 (GV. NW. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Febr. 2012 (GV. NRW. S. 97)
- Satzung für das Landesjugendamt Rheinland vom 12. Dez. 2008 (GV. NRW. 2009 S. 30), zuletzt geändert durch Satzung vom 28. Sept. 2012 (GV. NRW. S. 475)

- Satzung des Landesjugendamtes Westfalen vom 7. Nov. 1991 (GV. NW. 1991 S. 434), zuletzt geändert durch Satzung vom 22. Nov. 2012 (GV. NRW. S. 667)

#### Rheinland-Pfalz

- Jugendförderungsgesetz vom 21. Dez. 1993 (GVBl. S. 629)
- Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG) vom 21. Dez. 1993 (GVBl. S. 632), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Sept. 2010 (GVBl. S. 280)
- Satzung des Landesjugendamtes vom 8. März 1995, veröffentlicht unter:  
[http://lsjv.rlp.de/no\\_cache/kinder-jugend-und-familie/landesjugendamt/?cid=15862&did=12671&sechash=25577fb2](http://lsjv.rlp.de/no_cache/kinder-jugend-und-familie/landesjugendamt/?cid=15862&did=12671&sechash=25577fb2)

#### Saarland

- Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) vom 9. Juli 1993 (Amtsbl. S. 807), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Jan. 2009 (Amtsbl. S. 396)
- Satzung des Landesjugendamtes des Saarlandes i. d. F. vom 15. Febr. 1973 (Amtsbl. S. 222)
- Saarländisches Kinderbetreuung- und -bildungsgesetz (SKBBG) vom 18. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1254), geändert durch Gesetz vom 15. Juni 2011 (Amtsbl. I S. 230)

#### **Sachsen**

- Landesjugendhilfegesetz (LJHG) i.d.F. vom 4. Sept. 2008 (SächsGVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 2010 (SächsGVBl. S. 182, 184)
- Verordnung der zur Organisation und Verfahrensweise des Landesjugendamtes (LJAVO) vom 12. Dez. 2000 (SächsGVBl. S. 537)
- Richtlinie zur Förderung der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen (FRL Weiterentwicklung) vom 6. April 2010 (SächsABl. 2011 SDr. S. 1797)

#### Sachsen-Anhalt

- Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KJHG-LSA) vom 5. Mai 2000 (GVBl. LSA S. 236), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Jan. 2013 (GVBl. LSA S. 38, 43)
- Satzung für das Landesjugendamt vom 1.08.2008, geändert durch Erlass vom 27. Nov. 2009, veröffentlicht unter:  
[http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/LVwA-Bibliothek/Familie-Ges-Jug-Vers/Referat\\_601/LJHA/Satzung\\_LJA\\_Fassung\\_2009\\_27\\_-11.doc](http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/LVwA-Bibliothek/Familie-Ges-Jug-Vers/Referat_601/LJHA/Satzung_LJA_Fassung_2009_27_-11.doc)

#### Schleswig-Holstein

- Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 5. Febr. 1992 (GVBl. S. 158), zuletzt geändert durch VO vom 4. April 2013 (GVBl. S. 143)
- Satzung des Landesjugendamtes Schleswig Holstein bei der Ministerin oder dem Minister für Jugend vom 18. Nov. 1992 (Amtsbl. Schl.-H. S. 326), geändert durch Satzung vom 20 März 1996 (Amtsbl. Schl.-H. S. 65)
- Richtlinien für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe (AnerkennungsRL) vom 30. Nov. 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1451)

#### Thüringen

- Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG) vom 5. Febr. 2009 (GVBl. S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Sept. 2010 (GVBl. S. 291, 292)
- Anordnung über die Errichtung des Landesjugendamtes vom 22. März 2005 (GVBl. S. 154), zuletzt geändert durch AO vom 12. Mai 2011 (GVBl. S. 89)
- Satzung für das Landesjugendamt des Freistaats Thüringen vom 5. Dez. 2011
- Thüringer Mitwirkungsverordnung (ThürMitwVO) vom 14. Nov. 1996 (GVBl. S. 303), zuletzt geändert durch VO vom 10. Jan. 2011 (GVBl. S. 5)